



INFOBRIEF Nr. 01/12 - Netzwerk Integration

Der Infobrief fasst wichtige Beiträge der Themenbereichen Migration und Integration der Europäischen, der Bundes- sowie der Länderebene zusammen und erscheint monatlich. Der Versand erfolgt ausschließlich per E-Mail. Die hier geäußerten Positionen geben nicht automatisch die Meinung der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. wieder. Wenn Sie den Infobrief nicht mehr erhalten möchten, senden Sie uns bitte eine E-Mail mit dem Stichwort „Abbestellung“ direkt an: integration@kas.de.

Aus der Konrad-Adenauer-Stiftung

Veranstaltungshinweis, 05.03.2012 / Expertengespräch in Lüneburg / Integration von jungen Migranten als Schlüssel für den Schulerfolg / Herausforderungen für Schulen, Kommunen und Arbeitgeber

Integration muss bereits in der Schule gelingen. Dabei geht es nicht nur um das gesellschaftliche Zusammenleben. Längst sind Industrie und Wirtschaft aufgeschreckt, da ein absehbarer Fachkräftemangel in Deutschland droht. Die Bildungsbeteiligung der Migranten und deren Lernchancen müssen somit nachhaltig gestärkt werden. Damit gehen Bildungsfragen deutlich über den Erwerb von Sprachqualifikationen und Aspekten des gesellschaftlichen, kulturellen und religiösen Zusammenlebens hinaus. U. a. mit Prof. Dr. Olaf Köller, Geschäftsführender Direktor des IPN an der Universität Kiel, Dr. Bernd Althusmann, Kultusminister in Niedersachsen. Mehr unter:

<http://www.kas.de/wf/de/17.49189/>

Aus der Bundeshauptstadt

Pressemitteilung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, 06.01.2012 / Michael Kretschmer und Albert Rupprecht: Betriebe müssen auch Türken und Araber ausbilden

Nichts ist integrativer als eine duale Ausbildung Das Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) hat festgestellt, dass die Ausbildungschancen junger Menschen je nach Herkunftsland stark differieren. Hierzu erklären der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Michael Kretschmer, und der bildungspolitische Sprecher der Fraktion, Albert Rupprecht: Wer ganze Bevölkerungsgruppen ausspart, darf nicht über Mangel an geeigneten Bewerbern klagen. Fast 30.000 Ausbildungsplätze blieben zuletzt frei. Das sind 30.000 Fachkräfte, die uns schon in Kürze fehlen werden. Mehr unter:

http://www.cducsu.de/Titel_pressemitteilung_betriebe_muessen_auch_tuerken_und_araber_ausbilden/TabID_6/SubTabID_7/InhaltTypID_1/InhaltID_20848/Inhalte.aspx

Pressemitteilung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, 14.12.2011 / Michael Frieser: Integration wird verbindlicher / Klare Ziele und konkrete überprüfbare Maßnahmen

Das Bundeskabinett hat am Mittwoch die Erklärung des Bundes zum Nationalen Aktionsplan Integration verabschiedet. Dazu erklärt der Integrationsbeauftragte der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Michael Frieser: „Mit der Weiterentwicklung des Nationalen Integrationsplans zu einem Aktionsplan schaffen wir es, Integration verbindlicher zu gestalten. Wir definieren nunmehr klare Ziele, unterlegen diese mit konkreten Maßnahmen und werden auch überprüfen, in wieweit diese umgesetzt wurden.

Mehr unter:

http://www.cducsu.de/Titel_pressemitteilung_integration_wird_verbindlicher/TabID_6/SubTabID_7/InhaltTypID_1/InhaltID_20709/Inhalte.aspx

Pressemitteilung der Bundesregierung, 14.12.2011 / Staatsministerin Maria Böhmer: Integration fördert den Zusammenhalt in unserem Land / Nationaler Aktionsplan kräftiger Qualitätsschub bei der Integration

Durch klare Ziele, die überprüfbar und messbar sind, wird Integration verbindlicher. Zugleich wird ein Paradigmenwechsel in der Integrationspolitik eingeleitet: Weg von zeitlich befristeten Projekten- hin zu Regelangeboten. Integration ist eine Daueraufgabe, die nachhaltig und strukturell angegangen werden muss. Der Nationale Aktionsplan erhöht die Chancen von Menschen aus Zuwandererfamilien auf den Aufstieg. Und ist ein wichtiger Beitrag für die Sicherung des Zusammenhalts in unserem Land“, betonte Staatsministerin Böhmer heute anlässlich der Verabschiedung der Erklärung des Bundes zum Nationalen Aktionsplan Integration durch das Bundeskabinett. Mehr unter:

<http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Pressemitteilungen/BPA/2011/12/2011-12-14-boehmer-kabinett.html?nn=399686>

Aus den Bundesländern

Baden-Württemberg

Pressemitteilung der baden-württembergischen CDU-Landtagsfraktion, 08.12.2011 / Peter Hauk und Bernhard Lasotta: Verbindungen zwischen SPD und Grauen Wölfen beschäftigen weiter den Landtag

„Nachdem das vom SPD-Fraktionsvorsitzenden Claus Schmiedel angebotene Gespräch über die Kontakte der SPD zu den ‚Grauen Wölfen‘ ohne aufklärende Erkenntnisse seitens der SPD blieb, wurde ein ruhender CDU-Antrag erneut in die Verhandlungen des Landtags eingebracht“, sagten der CDU-Fraktionsvorsitzende Peter Hauk MdL und der integrationspolitische Sprecher Dr. Bernhard Lasotta MdL. Mehr unter:

<http://fraktion.cdu-bw.de/aktuelles/pressemitteilungen/pressemitteilung/artikel/pm-1622011-verbindungen-zwischen-spd-und-grauen-woelfen-beschaeftigen-weiter-den-landtag.html>

Bayern

Pressemitteilung der bayerischen Staatsregierung, 30.12.2011 / Ministerin Christine Haderthauer: Migranten stellen ein immenses Potential dar / Internationaler Tag der Migranten

Der gerade vom Bundesinnenministerium veröffentlichte Migrationsbericht zeigt: Deutschland ist immer noch ein Hauptzielland für Migranten, insbesondere um hier ein Studium oder eine Ausbildung zu absolvieren. Auch in Bayern haben 2,4 Millionen Menschen - und damit rund ein Fünftel unserer Bevölkerung - einen Migrationshintergrund. Viele von ihnen sind wichtige Leistungsträger in unserer Gesellschaft, als Fachkraft oder Selbständige, im öffentlichen Dienst oder auch in sozialen Berufen! Gerade in Zeiten, in denen immer mehr Branchen nach qualifizierten Fachkräften und nach mehr Zuwanderung von außerhalb Europas rufen, befremdet es aber, dass immer noch zahlreiche inländische Bewerber allein wegen ihres fremd klingenden Namens von deutschen Arbeitgebern nicht einmal zu einem Vorstellungsgespräch eingeladen werden. Mehr unter:

<http://www.bayern.de/Pressemitteilungen-.1255.10362867/index.htm>

Berlin

Pressemitteilung der Berliner Senatsverwaltung, 06.12.2011 / Migrantenvertretung für den Landesbeirat für Integrations- und Migrationsfragen gewählt

Im Beisein der Senatorin für Arbeit, Integration und Frauen, Dilek Kolat, sind im Berliner Rathaus die Repräsentanten der Berliner Migrantinnen und Migranten für den Landesbeirat für Integrations- und Migrationsfragen gewählt worden. Wahlberechtigt waren Vertreterinnen und Vertreter von 105 Migrantenevereinen, die sich auf einer beim Integrationsbeauftragten öffentlich geführten Liste eingetragen hatten. Um die sieben Plätze im Integrationsbeirat bewarben sich 43 Kandidatinnen und Kandidaten. Zur Sicherstellung einer ausgewogenen Repräsentanz waren 5 Plätze für bestimmte Herkunftsregionen vorgesehen, ein Platz für eine Vertretung der Aussiedlerinnen und Aussiedler und ein Platz ohne Regionale Zuordnung. Mehr unter:

<http://www.berlin.de/lb/intmig/presse/archiv/20111206.1000.363629.html>

Brandenburg

Pressemitteilung der brandenburgischen Landesregierung, 20.12.2011 / Karin Weiss: Fünf Jahre starkes Engagement für Integration

Brandenburgs Integrationsbeauftragte Prof. Dr. Karin Weiss beendet ihre Tätigkeit zum Ende des Jahres und wechselt nach Mainz. Dort übernimmt sie im Januar die Leitung der Abteilung Integration im rheinland-pfälzischen Ministerium für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen. Zum Abschied sagte Weiss heute in Potsdam: „Ich habe die Arbeit in Brandenburg sehr gerne gemacht. Gemeinsam mit vielen Partnerinnen und Partnern konnten wir einiges gut voranbringen“. Sozialminister Günter Baaske: „Karin Weiss hat eine hervorragende Arbeit geleistet. Ihr Weggang ist ein großer Verlust für Brandenburg. Sie hat das Thema Integration mit großem Engagement vorangebracht.“ Mehr unter:

<http://www.masf.brandenburg.de/cms/detail.php/bb1.c.274641.de>

Bremen

Pressemitteilung der Bremer CDU-Bürgerschaftsfraktion, 20.12.2011 / Sigrid Grönert: Unhaltbare Zustände in Ausländerbehörde abstellen

Die integrationspolitische Sprecherin der CDU-Bürgerschaftsfraktion, Sigrid Grönert, fordert den rot-grünen Senat auf, die schlimmen Zustände bei der Ausländerbehörde abzustellen. Kunden klagen über lange Wartezeiten, stehen oft schon nachts vor der Tür, um zur Öffnungszeit eine der wenigen Wartemarken zu erhalten. Mitarbeiter sind völlig überlastet. Sigrid Grönert spricht von unhaltbaren Zuständen. „Der Servicegedanke und die Willkommenskultur sind in der Ausländerbehörde völlig abhanden gekommen. Die Kunden kommen sich wie Bittsteller vor und fühlen sich schikaniert“, sagt sie. Bremen stehe in der Pflicht, für eine schnelle Verbesserung zu sorgen. „Das Ausländeramt ist eine der wichtigsten Anlaufstellen für alle, die zu uns gekommen sind. Genau an dieser Stelle müssen wir besonders gut sein, wenn wir es mit Integration ernst meinen. Herr Mäurer darf sich gerne auf Bundesebene für die Rechte von Migranten und Migrantinnen einsetzen, noch schöner wäre es, wenn er sich auf Landesebene ebenso um ihr Wohl kümmert“, sagt sie. Mehr unter:

<http://www.cdu-bremen.de/?view=|2567,202>

Pressemitteilung der Bremer Senatsverwaltung, 19.12.2011 / Janusz, Amir und Lucia sind sich einig: Mit Drei Jahren in den Kindergarten

Bremer Rat für Integration und Sozialsenatorin werben bei zugewanderten Familien für den Kindergartenbesuch: „Wir wollen Eltern motivieren, ihre Kinder früh in den Kindergarten zu schicken“, sagte die Vorsitzende des Bremer Rates für Integration, Libuse Cerna. „Je früher Kinder den Kindergarten oder eine Krabbelgruppe besuchen, desto besser sind später ihre Chancen in Schule und Beruf“, ergänzte Anja Stahmann, Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen. Vor diesem Hintergrund ist der Bremer Rat für Integration im vergangenen Jahr erstmals aktiv geworden. 2011 will er erneut mit Unterstützung der Sozialsenatorin gezielt fremdsprachige Eltern dafür gewinnen, dass sie ihre Kinder frühzeitig anmelden. Mehr unter:

<http://www.senatspressestelle.bremen.de/sixcms/detail.php?id=46940>

Hamburg

Pressemitteilung der Hamburger Senatsverwaltung, 03.01.2012 / Du bist dabei! / Zahl der Auszubildenden mit Migrationshintergrund innerhalb von fünf Jahren verdreifacht

Seit 2006 fördert der Senat mit der Dachkampagne „Wir sind Hamburg! Bist Du dabei?“ die Integration junger Menschen mit Migrationshintergrund in die Berufsausbildungen und Studiengänge der hamburgischen Verwaltung. In 2011 konnte jeder sechste Ausbildungsplatz mit einer Nachwuchskraft mit Migrationshintergrund besetzt werden – damit ist es gelungen, den Ausgangswert aus 2006 von nur 5,2% auf inzwischen 16,5% mehr als zu verdreifachen. Mehr unter:

<http://www.hamburg.de/pressemitteilungen/nofl/3226236/2012-01-03-zahl-der-auszubildenden-mit-migrationshintergrund.html>

Hessen

Pressemitteilung der hessischen CDU-Landtagsfraktion, 12.01.12 / Alexander Bauer und Ismail Tipi: Integration ist und bleibt eine Zukunftsaufgabe

Nur wenn wir alle an einem Strang ziehen, kann erfolgreiche Integration gelingen. Die Einbindung von Menschen mit Migrationshintergrund in das gesellschaftliche Leben ist eine große Herausforderung, sie bietet gleichzeitig aber auch viele Chancen. Wir sind auf Zuwanderung angewiesen und dazu verpflichtet, die richtigen Weichen zu stellen“, sagten der Obmann der CDU-Fraktion im Hessischen Landtag für die Enquete-Kommission Migration und Integration in Hessen, Alexander Bauer, und der integrationspolitische Sprecher, Ismail Tipi, bei der Vorstellung der integrationspolitischen Eckpunkte der CDU-Landtagsfraktion. Mehr unter:

<http://www.cdu-fraktion-hessen.de/inhalte/2/aktuelles/20836/alexander-bauer-und-ismail-tipi-integration-ist-und-bleibt-eine-zukunftsaufgabe/index.html>

Pressemitteilung der hessischen Landesregierung, 02.12.2011 / Staatssekretär Rudolf Kriszeleit: Die Eltern zur Mitwirkung ermutigen

Der Verein KUBI e.V. und die Vodafone Stiftung haben gemeinsam eine Sendereihe „Unsere Kinder – unsere Zukunft“ produziert. Die Sendereihe soll ab Ende 2011 im türkischsprachigen Fernsehen ATV/Deutschland ausgestrahlt werden. Die Sendereihe ist Teil einer Bildungskampagne und soll türkeistämmige Migranten über Bildung und Erziehung informieren. Zur Auftaktveranstaltung im Kaisersaal des Frankfurter Römer erinnerte der Staatssekretär der Justiz und für Integration, Dr. Rudolf Kriszeleit, an eine ganze Reihe Fördermaßnahmen: „Entscheidend ist, dass diese genutzt werden und dass Eltern ihren Kindern den Wunsch nach Bildung und die Wertschätzung von Bildung mit auf den Weg geben. Wir als Landesregierung können in Sachen Bildung den Rahmen geben, die Infrastruktur zur Verfügung stellen und, etwa durch die Unterstützung von Bildungslotsen, Hilfestellungen geben, die Strukturen optimal zu nutzen.“ Mehr unter:

http://www.hmdj.hessen.de/irj/HMdJ_Internet?rid=HMdJ_15/HMdJ_Internet/nav/eab/eab50ad9-d54d-b701-be59-263b5005ae75,17710c72-7aac-f331-79cd-aae2389e4818,,,11111111-2222-3333-4444-10000005004%26_ic_uCon_zentral=17710c72-7aac-f331-79cd-aae2389e4818%26overview=true.htm&uid=eab50ad9-d54d-b701-be59-263b5005ae75

Nordrhein-Westfalen

Pressemitteilung der nordrhein-westfälischen Landesregierung, 05.01.2012 / Staatssekretärin Zülfiye Kaykın: Ein Beitrag zum besseren gegenseitigen Verständnis / Interreligiöser Kalender 2012 erschienen

Staatssekretärin Zülfiye Kaykın hat den neuen interreligiösen Kalender für das Jahr 2012 vorgestellt. „Die große Vielfalt unseres Landes spiegelt sich auch in den verschiedenen religiösen Festtagen der Menschen wider, die in Nordrhein-Westfalen leben“, sagte Kaykın. Mehr unter:

http://www.mais.nrw.de/06_Service/001_Presse/001_Pressemitteilungen/pm2012/01-Januar-2012/120105/index.html#

Pressemitteilung der nordrhein-westfälischen CDU-Landtagsfraktion, 02.12.2011 / CDU-Landtagsfraktion gratuliert Vertriebenen und Spätaussiedlern zum ‚Tag der neuen Heimat‘

„Der ‚Tag der neuen Heimat‘ soll in Erinnerung rufen, dass ein Viertel der Menschen in Nordrhein-Westfalen ihre Wurzeln in den ehemaligen deutschen Gebieten Mittel- und Osteuropas haben. All diesen, unseren Mitbürgerinnen und Mitbürgern, gratulieren wir zu den erbrachten Lebensleistungen in ihrer neuen Heimat Nordrhein-Westfalen und bedanken uns für alles, was sie generationenübergreifend für unser Land getan haben – wirtschaftlich, kulturell und zwischenmenschlich. Mehr unter:

http://www.cdu-nrw-fraktion.de/index.php?id=405&tx_ttnews%5Btt_news%5D=11259&cHash=299d35caf746aa554c76aa0eac83a793

Rheinland-Pfalz

Pressemitteilung der rheinland-pfälzischen Landesregierung, 16.12.2011 / Migrationsmuseum Rheinland-Pfalz im Internet / Migrationsmuseum seit zwei Jahren online

Eine Dauerausstellung beleuchtet dabei die Arbeitsmigration von Gastarbeiterinnen und Gastarbeitern in die junge Bundesrepublik. Sonderausstellungen gehen beispielsweise auf die Anwerbeabkommen mit Spanien, Griechenland und ganz aktuell zum 50-jährigen Jahrestag auf das Abkommen mit der Türkei ein. Herzstück des Museums im Internet sind die persönlichen Interviews mit Migrantinnen und Migranten, die über ihre Lebenswege und ihre neue Heimat Deutschland berichten. Das rheinland-pfälzische Online-Museum "Lebenswege" feiert sein zweijähriges Jubiläum. Erstmals hatte das Migrationsmuseum im Internet am 16. Dezember 2009 seine virtuellen Pforten geöffnet. Das Internet-Museum erzählt in Texten, Audio- und Videosequenzen, Originaldokumenten sowie Fotos die Migrationsgeschichte von Rheinland-Pfalz. Mehr unter:

<http://mifkjf.rlp.de/aktuelles/presse/einzelansicht/archive/2011/december/article/migrationsmuseum-seit-zwei-jahren-online/>

Sachsen

Pressemitteilung des sächsischen Landtags, 09.12.2011 / Martin Gillo: Vergrämungspolitik passt nicht zur Menschenwürde

Am 9. Dezember 2011 stellte Prof. Dr. Martin Gillo seinen Bericht „Mitmenschen im Schatten - ´Heim-TÜV` 2011 über das Leben in sächsischen Gemeinschaftsunterkünften“ in einer Pressekonferenz vor. Erstmals und bundesweit einmalig werden mit diesem Bericht die Unterbringungsbedingungen von Asylsuchenden transparent und vergleichbar dargestellt. Der Bericht wurde dem Landtag als Drucksache 5/7446 übergeben.

Die entscheidenden Kriterien bei der Bewertung der Unterkünfte sind dabei die Wahrung der Menschenwürde und die Mitmenschlichkeit im Umgang mit den Asylsuchenden. Mehr unter:

http://www.landtag.sachsen.de/de/integration_migration/aktuelles_presse/pressemitteilungen/6844_8121.aspx

Schleswig-Holstein

Pressemitteilung der schleswig-holsteinischen Landesregierung, 11.01.2012 / Deutsch als Zweitsprache wird Pflicht in der Lehrerausbildung / Ekkehard Klug: Damit erhöhen wir die Bildungschancen

Wir wollen die Bildungschancen von Kindern aus Zuwandererfamilien verbessern. Dazu stellen wir jetzt die Weichen", sagte heute (11. Januar) Bildungsminister Dr. Ekkehard Klug vor jungen Lehrkräften in Kiel. "Ab sofort werden sich angehende Lehrerinnen und Lehrer in Schleswig-Holstein während der Ausbildung mit dem Thema ‚Deutsch als Zweitsprache‘ beschäftigen", betonte Klug. Er betonte, die Arbeit der jungen Lehrkräfte werde vom permanenten Wandel in der Gesellschaft beeinflusst. So könne man nicht ignorieren, dass mittlerweile 24,1 Prozent der Erstklässler im Land aus Zuwandererfamilien stammten. Mehr unter:

http://www.schleswig-holstein.de/Portal/DE/Startseite/ArchivPolitik/120111_DeutschZweitsprache.html